



Einige Anmerkungen zur  
Geschichte des türkisch-  
kurdischen Konfliktes,  
der PKK und der Rolle  
diverser deutscher Staaten

Herausgegeben vom **Bündnis Bremen für Rojava**  
Oktober 2019



## Vorbemerkung

Der vorliegende Text ist bereits zwei Jahre alt und anlässlich des „Städtekrieges“ in Nordkurdistan/ Südost-Türkei in den Jahren 2015/16 von einigen Aktiven aus dem damaligen Solidaritätskomitee in Bremen verfasst, aber aus verschiedenen Gründen nicht veröffentlicht worden. Vor dem Hintergrund des aktuellen Überfalls der Türkei und verbündeter jihadistischer Terroristen auf die Demokratische Föderation Nordsyrien (inkl. des kurdischen Rojava) halten wir es für sinnvoll, diese Veröffentlichung jetzt nachzuholen.

Das hat vor allem damit zu tun, dass in großen Teilen der Öffentlichkeit immer noch zu wenig über die historischen Hintergründe in Sachen Türkei-Kurdistan-Deutschland bekannt ist. Und es hat auch damit zu tun, dass der aktuelle Überfall quasi als neueste Etappe in einem primär von türkischer Seite geführten extrem brutalen Krieg anzusehen ist, der faktisch seit der Gründung des türkischen Nationalstaates im Jahr 1923 im Gange ist.

Der oben erwähnte „Städtekrieg“ 2015/16, der den Anlaß für die Erstellung dieses Textes darstellte, war dabei ebenso eine Phase dieses Krieges wie der aktuelle Überfall. Nach den Parlamentswahlen des Jahres 2015 sah die Türkei das erste Mal in ihrer Geschichte mit der HDP eine Partei in Fraktionsstärke im Parlament, die mit den antikurdischen Traditionen des Landes ernsthaft brechen wollte. Für Erdoğan und das AKP-Regime sowie die „traditionellen“ türkischen Nationalisten stellte das eine derartige Provokation dar, dass diese Wahlen faktisch nicht nur annulliert wurden,

sondern auch eine Art Bestrafungsaktion gegen die Hochburgen der HDP im kurdischen Südosten der Türkei durchgeführt wurde. Mehrheitlich kurdisch bewohnte Städte wie Cizre, Sirnak, Nusaybin und andere wurden teils wochen- und monatelang in militärische Sperrzonen mit Ausgangssperren verwandelt, gewählte HDP-Kommunalpolitiker\*innen von ihren Ämtern abgesetzt und als „Terroristen“ verfolgt. Vor diesem Hintergrund erklärten dann verschiedene Stadträte für ihre jeweiligen Bezirke die „demokratische Autonomie“ innerhalb des türkischen Staates, d.h. sie versuchten faktisch, das Modell vom benachbarten Rojava auch in Nordkurdistan umzusetzen, inkl. bewaffneter Selbstverteidigungskräfte.

Die Antwort des türkischen Staates war – einmal mehr – Krieg. Und zwar ein ebenso rücksichtsloser und brutaler, wie er gegen die kurdische Minderheit schon davor und aktuell heute stattfindet, auch ausserhalb der Türkei. Die Städte *innerhalb* der Türkei wurden mit Panzern, Artillerie und Luftwaffe angegriffen und dabei teils völlig zerstört. Hunderte von Toten, schwere Menschenrechtsverletzungen und bis zu 300.000 Binnenflüchtlinge waren das Ergebnis dieses erneuten Genozidversuches, der damals quasi unberichtet und ignoriert von der sog. Weltöffentlichkeit stattfand.

Um die Hintergründe dieses und anderer einwandfrei staatsterroristischer Verbrechen der Türkei etwas transparenter zu machen, entstand damals dieser Text. Und er hat nichts von seiner historischen Aktualität verloren. ■

## #Alternative Fakten...

1. Die Türkei war irgendwann mal so etwas wie eine Demokratie
2. Die PKK ist eine marxistisch-leninistische Terrorgruppe und will einen eigenen kurdischen Staat
3. Deutschland importiert fremde Konflikte aus fernen Ländern

...und die tatsächlichen Realitäten:

**1.**  
Die Regierung habe beschlossen, „alle Armenier, die in der Türkei leben, gänzlich auszurotten. So tragisch die Mittel auch sein mögen, ist, ohne auf die Stimme des Gewissens zu hören, ihrem Dasein ein Ende zu machen“, telegraphierte Innenminister Talaat Pascha der osmanischen Präfektur von Aleppo am 16. September 1915. (1)

Dieser hitlereske Befehl innerhalb des zusammenbrechenden Osmanischen Reiches leitet 1915 nicht nur einen der größten Genozide des 20. Jahrhunderts ein, sondern stellt bis heute auch eine Art Geburtsurkunde der 1923 gegründeten türkischen Republik dar. Neben geschätzt bis zu 1,5 Millionen Menschen armenischer Abstammung wurden auch Hunderttausende mit griechischen oder assyrischen Wurzeln ermordet oder vertrieben. Der einige Jahre später auf den Knochen dieser Toten entstehende Staat hatte also von Beginn an in seinem Kern untrennbar eine rassistische und ultranationalistische Basis, die sich bis heute nicht nur in immer wiederkehrenden Phasen

von offenem Staatsterrorismus, Militärdiktaturen und einem gesellschaftlich-politischen Leben durchzogen von mafiösen Strukturen manifestiert. Sondern auch einen immer noch zu großen Teil der türkischen Bevölkerung massiv negativ beeinflusst.

Der sich in den 1920er Jahren als unangefochtener „Führer und Vater“ der Türkei heraushebende Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) war dabei aus heutiger Sicht nichts anderes als ein nationalistischer Diktator, der den Islam in seinem Land als Konkurrenz zu seinem eigenen Staatsprojekt ansah, und deshalb eine strikt säkulare Politik durchsetzte – nicht etwa aus irgendwelchen humanistischen oder liberalen Motiven. Die Wurzeln des Islams wurden dabei niemals wirklich angegangen, weil sie schlicht und einfach identisch mit denen des gewünschten und geforderten türkischen Nationalismus waren und bis heute sind:

- autoritäre Familienverhältnisse
- damit verbunden patriarchale und sexistische Machthierarchien in der ganzen Gesellschaft (bis heute bei vielen türkischstämmigen Männern als Machismo-Verhalten bis zur Karikatur überspitzt zu beobachten)
- gerade in ländlichen Bereichen verbreitete feudale Clanstrukturen.

Zu Unrecht gelten Atatürk (und seine ideologischen Nachfolger) als irgendwie „liberale“, „westlich orientierte“ „Reformer“. Dieser Eindruck entstand vermutlich dadurch, dass Atatürk die Notwendigkeit einer ökonomischen Entwicklung des Landes erkannte und sich am westlichen Kapitalismus als vermeintlich effizientem Wirtschaftsmodell orientierte. Das war verbunden mit einer zunehmenden Verstädterung sowie der Herausbildung einer gebildeten, städtisch-bürgerlichen Oberschicht, in deren Rahmen dann auch die Notwendigkeit einer gewissen Gleichstellung von Frauen zum Thema wurde. Alles im Rahmen der vorgegebenen nationalistischen Ideologie – „Wie glücklich derjenige, der sagt: ich



bin Türke“ – bis heute in türkischen Schulen ein Teil des täglichen „Eides auf die Nation“.

Die islamischen Teile der türkischen Gesellschaft wurden dabei, wie angedeutet, von Atatürk und seinen kemalistischen Nachfolgern im vergangenen Jahrhundert bis zum Militärputsch 1980 nicht grundsätzlich verwandelt, sondern repressiv – per Justiz und Polizeiapparat – gedeckelt. Dieser Fakt hat es später Erdoğan ermöglicht, sich als „Befreier“ der „religiösen Traditionen“ darzustellen. Während die scharfe Stadt-Land-Spaltung in Sachen Bildung und materiellem Wohlstand zuletzt ganz offen während der Gezipark-Proteste 2013 zu sehen war.

Die türkischen Nationalisten haben dabei von Beginn an das Problem gehabt, dass sie ihr Projekt auf einem Territorium durchsetzen wollten, welches ursprünglich eine enorme kulturelle, ethnische, sprachliche und religiöse Vielfalt aufwies. Diese wurde und wird bis heute versucht, auf allen Ebenen auszulöschen oder, wenn nicht anders möglich, zu vereinnahmen. Das begann zum Auftakt mit dem Genozid an den ArmenierInnen, und setzte sich in den 1920er Jahren mit der gnadenlosen Verfolgung der kurdischen Bevölkerungsteile als letzter verbliebener großer Minderheit fort. Der türkische Nationalismus fordert bis heute eine bedingungslose und restlose Assimilation alles „Nichttürkischen“. Andererseits droht Vertreibung oder Vernichtung. Die Auslöschung kurdischer kultureller Beiträge in den türkischen Archiven, die – heute wieder aktuelle – Unterdrückung der kurdischen Sprachen, bis hin zur Bezeichnung „Bergtürken“ ist dabei ebenso wie die Verfolgung religiöser Minderheiten wie der AlevitInnen und YezidInnen bezeichnend. Und über die Jahrzehnte führte diese Mentalität immer wieder auch bis zur physischen Vernichtung der „Nichttürken“. Stellvertretend dafür der letzte große kurdische Aufstand der 30er Jahre, der 1938 mit dem Mas-

saker von Dersim endgültig niedergeschlagen wurde. Bis zu 60.000 Menschen wurden damals vom türkischen Staat ermordet, Tausende weitere deportiert. Auf diesen Knochenbergen soll eine Demokratie wachsen?

Erdoğan und die von ihm gegründete (und auf ihn ausgerichtete) AKP haben es dabei geschafft, sich aus der oben skizzierten Entwicklung die übelsten und bösesten Seiten herauszuholen und zu einem neuen Projekt zu verschmelzen: die Wiederbelebung des osmanischen Größenwahns kombiniert mit einem noch aggressiveren Nationalismus, darauf könnten sich notfalls auch die heutigen Kemalisten noch einlassen. Erdoğan hat seine Machtbasis aber auf größere Füße gestellt: die Neubelebung konservativ-islamischer bis islamistischer Strömungen zusammen mit einem ökonomischen Neoliberalismus und den reaktionärsten Teilen des Atatürk-Nationalismus ist in einer Region wie dem aktuellen Mittleren Osten ein hochgefährliches Gebräu. Und das haben, neben der linken türkischen Opposition, zuerst einmal mehr die kurdische Bevölkerung und ihre politischen Vertretungen zu spüren bekommen. Womit wir zum nächsten Punkt kommen. ■

## 2.

*„Nehmen wir die Beispiele in den siebziger Jahren. Die Armee drang in kurdische Dörfer ein. Mit Bajonetten wurde die ganze Dorfbevölkerung zusammengetrieben. Ältere Männer wurden nackt ausgezogen. Man band ein Seil an das männliche Geschlechtsorgan. Die Frauen des Dorfes mußten die Männer herumführen.“*

*Dies ist eine gewaltige Erniedrigung. Überall in der Welt, wo solche Erniedrigung und Unterdrückung erfahren wird, sollte revoltiert werden. Doch wir sehen, daß die Kurden in den siebziger Jahren nicht revoltieren. Sie sehen es als natürliches Schicksal an. Hier hat die PKK angesetzt. Sie hat gesagt, wir akzeptieren dies nicht. Wir werden das verändern und zu diesem Zweck organisieren wir uns.“(2)*

Dieses Zitat des türkischen Sozialwissenschaftlers und Historikers Ismail Beşikçi macht zwei Realitäten deutlich: erstens beantwortet es die Frage, wer der ursprüngliche Aggressor im türkisch-kurdischen Konflikt ist. Und zweitens drängt sich sofort der Gedanke an berechtigte Notwehr auf – von der PKK bis heute in Form der legitimen Selbstverteidigung formuliert. In den späten 1970er Jahren ist sie zunächst als eine Gruppe aus der Vielzahl der damals vorhandenen linken Parteien und Organisationen innerhalb der Türkei anzusehen, mit einem Programm, welches als klassischer Befreiungsnationalismus mit marxistisch-leninistischen Zügen anzusehen ist – darin nicht anders als viele andere Organisationen weltweit in der Zeit des „Kalten Krieges“ zwischen Ost und West. Ob die Sandinisten in Nicaragua, der ANC in Südafrika, oder auch ein Jahrzehnt vorher der Vietcong in Vietnam – alle mussten im Schatten des al-

les dominierenden Weltkonfliktes operieren, und dabei zwischen den beiden Supermächten versuchen, ihre eigene Linie zu finden oder aber sich deutlich an die Sowjetunion anzulehnen.

Letzteres hat die PKK – aus verschiedenen Gründen – niemals gemacht. Nichtsdestotrotz wurde sie u.a. aufgrund der strategischen Lage der Türkei im Kalten Krieg und ihrer Existenz auf NATO-Gebiet von Beginn an von NATO und westlichen Staaten als Gegner begriffen und entsprechend behandelt. Ihre Herausforderung der türkisch-nationalistischen Staatsdoktrin verband sich mit ihrer Existenz als Störfaktor für die NATO, und führte dann zur ungebremsten Anwendung von *Counter insurgency*, d.h. der von den USA entwickelten und innerhalb der NATO verbreiteten Aufstandsbekämpfung und Kriegsführung gegen Befreiungsbewegungen und Guerillagruppen weltweit. Ein integraler Teil von *Counter insurgency* war und ist bis heute auch *psychologische Kriegsführung* – darauf kommen wir später noch zurück.

Ohne nennenswerte äußere Unterstützung schaffte es die Partei v.a. wegen der skandalösen Lebensbedingungen der kurdischen Bevölkerung in der Südost-Türkei (Nordkurdistan), bis zum Ende der 80er Jahre trotz – oder auch: wegen – aller militärisch-polizeilichen Bekämpfung nicht nur einen immer größeren Teil der Bevölkerung als Sympathisierende zu gewinnen, sondern sich auch als Guerilla immer weiter zu organisieren und auszubreiten. Und das trotz aller Fehler, die sie in diesem Jahrzehnt gemacht hat – von der Zwangsrekrutierung von Jugendlichen angefangen über die tödlichen Konkurrenzkämpfe mit anderen türkisch-kurdischen linken Organisationen bis hin zu Fällen von Kollektivstrafen gegen vom türkischen Staat zwangsweise rekrutierte kurdische „Dorfschützer“ (eine bis heute existierende paramilitärische Kraft, mit der versucht wird, Kurden gegen Kurden kämpfen zu

lassen – übrigens auch schon ein Teil von *Counter insurgency*). Wir können und wollen solche Aktionen *nicht* entschuldigen. Aber wir sind selbst aus dem saturierten Europa in der Lage zu verstehen, wie solche in jeder Hinsicht falschen Handlungen in einem Kriegsgebiet mit ungleich verteilten Kräften entstehen können. Und was wichtiger ist: die PKK hat seit damals daraus gelernt und Konsequenzen gezogen. Das heißt u.a.: sie hat alle wesentlichen internationalen Protokolle und Regeln der Kriegsführung und der Behandlung von Kriegsgefangenen unterschrieben und sich damit auch verpflichtet, sie von außen kontrollieren zu lassen; sie hat intern eine strenge Kultur von Kritik und Selbstkritik entwickelt, und sie hat innerhalb der Friedensgespräche 2013 – 15 mit dem türkischen Staat darauf bestanden, dass die Verbrechen *beider* Seiten in diesem Krieg umfassend aufgearbeitet werden. Und das ist angesichts der bis heute anhaltenden Unmenschlichkeit und Bösartigkeit der türkischen Kriegsführung eine bemerkenswerte Entwicklung. Unten ein Bild der fast völlig zerstörten Stadt Nusaybin in Nordkurdistan/Südost-Türkei, nach den Angriffen der türkischen Armee 2016.

Mit dem Zusammenbruch des sog. Realsozialismus um 1990 herum wurde

auch innerhalb der PKK zunächst leise damit begonnen, das ursprüngliche Ziel eines sozialistischen kurdischen Nationalstaates zu hinterfragen. Parallel eskalierte der Krieg immer mehr und gipfelte in einem ersten brutalen Höhepunkt in der Zerstörung von ca. 4000 kurdischen Dörfern in den Jahren 1992/93 inkl. Vertreibung der zugehörigen Bevölkerung sowohl in die kurdischen Städte, als auch über die Grenze in den Irak und in die Großstädte der Westtürkei. Bereits damals hätte die Türkei – wenn „der Westen“ denn sein eigenes Geschwätz von „Werten“ jemals ernst genommen hätte – im hohen Bogen aus der NATO fliegen müssen. Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtskonventionen und das Kriegsrecht in derartigen Dimensionen haben in anderen Fällen von Seiten nicht „dem Westen“ zugehöriger Regimes jeweils Empörung und Sanktionen ausgelöst. In diesem Fall blieb es im Großen und Ganzen recht still. Was auch damit zusammenhängt, dass die Türkei – damals unter klar kemalistischem Regime – im Zuge des Zweiten Golfkriegs und der sich abzeichnenden großen Krisensituation im gesamten Mittleren Osten jetzt aus diesem Grund heraus als strategisch wichtiger Verbündeter des „Westens“ wahrgenommen wurde.



Das kurdische Nusaybin 2016 unter türkischer Flagge

Nichtsdestotrotz zeichnete sich nach den Massakern der frühen 90er Jahre schon ab, dass zwar die PKK nicht in der Lage sein würde, sich militärisch gegen die zweitstärkste NATO-Armee durchzusetzen, dass aber umgekehrt auch das türkische Militär es nicht schaffen würde, die Bewegung militärisch auszulöschen – also ein Patt. Aus dieser Situation heraus machte die PKK 1993 das erste Waffenstillstandsangebot und vollzog das auch einseitig – die Reaktion der Türkei war eine weitere Verschärfung des Krieges. Bis zum Beginn der Friedensverhandlungen 2013 folgten seitens der kurdischen Seite ungefähr ein Dutzend weiterer derartiger Angebote, teils auch wieder einseitig umgesetzt. Von türkischer Seite wurden diese Angebote entweder nicht oder mittels verschärfter Kriegsführung beantwortet. Die absolute Unwilligkeit der diversen türkischen Regimes, von ihrer nationalistisch-kemalistischen Staatsdoktrin auch nur einen Hauch abzuweichen, ist bis heute eine maßgebliche Quelle für diesen Krieg.

In den 1990er Jahren wurde dann auch das ganze Ausmaß der angewandten türkischen Kriegsführung – *Counter insurgency* – das erste Mal für alle, die hinschauen wollten, deutlich: die oben erwähnte tausendfache Zerstörung kurdischer Dörfer diente v.a. dem Zweck, die ländlichen Bereiche so zu entvölkern, dass die Guerilla hier keine Unterstützungs- und Versorgungsmöglichkeiten mehr haben würde, und auch keinen personellen Nachschub mehr. Die Zerstörung großer Teile der ländlichen Infrastruktur – also Vernichtung von Obst- und Gemüsegärten, Feldern und auch das Abschlachten von Tierherden – sollte den gleichen Zweck der Versorgungsunterbrechung erfüllen. Das großflächige Abbrennen von Wäldern hingegen hatte den Sinn, Rückzugs- und Versteckmöglichkeiten der Guerilla zu zerstören (das bewusste Legen von Waldbränden ist übrigens in den letzten drei Jahren wieder zu beobachten).

All diese staatsterroristischen Maßnahmen wurden ergänzt durch:

- Todesschwadronen, die vor allem dazu dienten (und auch wieder dienen), den *zivilen* Teil der Bewegung in Form von MenschenrechtsaktivistInnen, AnwältInnen, politischen AktivistInnen physisch auszulöschen und einzuschüchtern. Diese Kommandos waren und sind bis heute innerhalb des türkischen Militär- und Polizeiapparates integriert, setzen sich aus militärischen Spezialeinheiten, türkischen Faschisten („Graue Wölfe“) und inzwischen auch Islamisten zusammen und werden aus irregulären Quellen finanziert, d.h. mit Geldern, die aus dem Bereich der in der Türkei traditionell starken organisierten Kriminalität stammen – zu diesem Punkt gleich mehr.

Diese Killerkommandos im staatlichen Auftrag operieren „extralegal“, d.h. außerhalb jedes gesetzlichen Rahmens, und werden von staatlicher Seite deshalb in ihrer Existenz gezeugnet. Das Verschwindenlassen von als politischen Gegnern begriffenen Menschen, die teils niemals mehr irgendwo auftauchten (oder aber als verstümmelte Leichen auf irgendwelchen Müllkippen) wurde in den 90er Jahren eine bevorzugte Tätigkeit dieser Kommandos. Ebenso gehören dazu fingierte – „False Flag“ – Aktionen wie Bombenanschläge bevorzugt auf zivile Ziele, die dann der PKK angelastet werden. Im Kriegsgebiet selbst wurden diese „Kontraguerrillas“ auch schon vielfach bei Aktionen in den Uniformen der Guerilla erwischt, bei denen es darum ging, die verbliebene kurdische Dorfbevölkerung zu terrorisieren – um auch das anschließend medienwirksam gegen die PKK zu verwenden.

All diese Aktionen sind „Klassiker“ aus dem Handbuch der *Counter insurgency* und wurden zuvor u.a. sowohl in Mittel- und Südamerika als auch in Vietnam seitens der USA bzw. den mit ihnen verbündeten Diktaturen entwickelt

und angewandt. Die eben benannten „False Flag“-Aktionen gehören dabei z.T. bereits in einen neuen Bereich:

- Psychologische Kriegsführung: auch schon vor der Existenz des Internets wurden Medien wie Presse und TV dazu benutzt, um kriegerische Ziele zu erreichen. Gerade bei Bewegungen, die aufgrund ihrer inhaltlichen Berechtigung eine breite Sympathie und Unterstützung erhalten, ist es für die jeweils herrschende Schicht erforderlich, diese Unterstützung durch mediale Propaganda, Falschdarstellungen und das, was bereits die Nazis als „Greuelpropaganda“ eingesetzt haben, zu zerschlagen. Ein Klassiker ist dabei seit den 1960er Jahren der Vorwurf des „Drogenhandels“. In der Türkei bis heute gerne benutzt, und auch in Staaten wie Deutschland immer wieder als Grund genannt, um die kurdische Bewegung zu kriminalisieren. Wer älter ist, wird sich vielleicht noch an die frühen 90er Jahre in der BRD erinnern, als das Schreckgespenst des kurdischen Heroidealers landauf, landab sowohl medial als auch von deutschen Behörden durch die hiesigen Wohnzimmer getrieben wurde. In diesem speziellen Fall aber ist dieser Vorwurf noch unverschämter als sonst:

*„Immerhin hat am 22. Januar 1997 der deutsche Richter Ralf Schwalbe öffentlich die türkische Regierung allgemein und Tansu Çiller persönlich beschuldigt. Am 26. Januar gab der stellvertretende britische Innenminister Tom Sackville in einer Erklärung gegenüber der Sunday Times bekannt, daß 80 Prozent des in Großbritannien beschlagnahmten Heroins aus der Türkei stamme; seine Regierung sei „beunruhigt über die Berichte, die belegen, daß selbst Mitglieder der Polizei und der türkischen Regierung in den Drogenhandel verwickelt sind“.*

*Selbst Washington, bisher ein treuer Verbündeter Ankaras, bricht allmählich das Schweigen. Aus dem hochoffiziellen International Narcotics Control Strategy*

Report (INCSR) des amerikanischen Außenministeriums, der Ende Februar 1998 veröffentlicht wurde, geht hervor, daß „rund 75 Prozent des in Europa sichergestellten Heroins in der Türkei produziert oder von dort eingeführt wurde, daß jeden Monat vier bis sechs Tonnen Heroin durch das Land in Richtung Westeuropa geleitet werden und daß auf türkischem Boden zahlreiche Labors tätig sind, in denen das Opium gereinigt und das gewonnene Morphin zu Heroin verarbeitet wird“. Der Bericht unterstreicht, daß die Türkei zu den Ländern zählt, in denen im größten Umfang Geld gewaschen wird, und zwar vor allem über Kofferträger aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion, über Spielcasinos, mittels Geschäften in der Bauindustrie und im Tourismus.“(3)

An diesen Fakten aus den späten 1990er Jahren hat sich bis in die heutige Zeit nicht viel geändert – so ein diesmal russischer Bericht aus dem Jahr 2015: „Afghanisches Opium wird in geheimen Drogenlaboren in der Türkei zu hochwertigem Heroin verarbeitet, welches für den Verkauf in Europa und Russland bestimmt ist, so die russische Drogenaufsichtsbehörde. Die Schmuggleroute wurde nach einer gemeinsamen russisch-afghanischen Antidrogen-Operation aufgedeckt. (...)

Der Leiter des FSKN (russische Drogenaufsichtsbehörde) betonte, dass der Drogenhandel es dem „Islamischen Staat“ (IS) ermöglicht hat, die Zahlen seiner Anhänger seit 2014 zu vervierfachen: „Der Anstieg an IS-Kämpfern korreliert mit dem jährlichen Anstieg des Drogenschmuggels im Mittleren Osten, welcher durch die steigende Anzahl von Heroin-Beschlagnahmen bestätigt wird.“

Der IS sei „aktiv in den Drogenschmuggel involviert“, so Iwanow weiter und fügte abschließend hinzu, dass laut Schätzungen des FSKN der IS durch illegalen Drogenhandel „um die 200 bis 500 Millionen US-Dollar im Jahr“ generiert.“(4)

Halten wir mal fest: seit den späten 1970er Jahren ist die Türkei nicht nur ein Transitland für Heroin aus Afgha-

nistan und dem Iran, sondern ein *aktiv dealender Staat*. Unter der Kontrolle des Geheimdienstes MIT, mit Hilfe der türkischen Armee (Transport!), unter Beteiligung der jeweiligen politischen Regimes und der organisierten Kriminalität aka Mafia sind bis heute nicht nur eine unschätzbare Zahl von Laboren im Land in Betrieb, in denen Rohopium in Heroin verwandelt wird, sondern das Heroin wird faktisch mit staatlicher Hilfe u.a. nach Europa weiterverteilt. In den 90er Jahren wurden derart jährlich zweistellige Milliardengewinne (in US-Dollar) eingefahren, mit denen zum großen Teil dann der Krieg gegen die PKK finanziert wurde. Heute wird daraus u.a. Daesh (IS), wie oben dargestellt, mitfinanziert. Und auch damit weiter der antikurdische Feldzug gesponsert.

„Im Westen nichts Neues“ – recherchieren Sie mal bei Gelegenheit nach der „Iran-Contra-Affäre“...

Als eine weitere Aktion im Rahmen der *Counter insurgency* muss der Versuch verstanden werden, die kurdischen Großstädte der Region unter staatlicher Kontrolle mit Heroin zu fluten, um derart die Jugendlichen in die Sucht zu treiben – ein Junkie wird eher nicht zum Guerillakämpfer, oder überhaupt politisch aktiv. Dieser Versuch wird bis heute von der kurdischen Bewegung entschieden bekämpft, und hatte seinen Höhepunkt schon in den 90er Jahren. Auch hier sind das Vorbild die USA – die Flutung der hauptsächlich afro-amerikanischen *Inner Cities* mit Heroin in den späten 1960er und 70er Jahren zwecks Bekämpfung von Gruppen wie den *Black Panthers* dient als Vorlage für alle ähnlichen Projekte.

Und sicher, da nicht die gesamte kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Exil mit der PKK sympathisiert, sondern es bis heute auch kurdische feudale Clans gibt, die aktiv gegen Bezahlung und Privilegien mit dem türkischen Staat kollaborieren (und auch deshalb, weil die PKK ihre gesell-

schaftlichen Machtpositionen in Frage stellt), wird es *auch* kurdischstämmige Heroindealer geben. Entscheidend ist aber die Frage: in wessen Diensten? Und da kann es anhand der skizzierten Situation nur eine Antwort geben. Alles andere kann getrost als Counterpropaganda abgelegt werden.

Was noch in dieser Rubrik? Sollen wir die gewohnheitsmäßige *Folter* besonders gegen politische Gefangene in türkischen Gefängnissen und Polizeiwachen dazurechnen? Auf jeden Fall gehört das ebenfalls gewohnheitsmäßige Verbot linker türkischer und kurdischer Medien, Fernsehsender und Parteien dazu.

Den bisher größten „Erfolg“ für die türkische Seite in diesem Krieg stellte zweifellos die Gefangennahme von Abdullah Öcalan, einer der Gründer und der Vorsitzende der PKK, im Jahre 1999 dar. Die Umstände dieser Gefangennahme – inkl. Teilnahme mehrerer Geheimdienste plus etlicher gebrochener Versprechen seitens westlicher Länder – stellen ein beschämendes Kapitel für sich dar. Die Türkei war damals der festen Überzeugung, diesen Krieg endlich „gewonnen“ zu haben – einer der größeren Irrtümer in der Menschheitsgeschichte. Denn erstens war damit die kurdische Bewegung keinesfalls aktionsunfähig, zweitens wurde sie durch den – wiederholt – erlebten Verrat der Gefangennahme nur entschlossener, und drittens ermöglichte es die zwangsweise „Ruhigstellung“ durch die Haft Öcalan, Vergangenheit, Zukunft und Strategie der PKK im Besonderen und der kurdischen Bewegung im Allgemeinen gründlich zu durchdenken und zu reflektieren. Und das führte zu bemerkenswerten Ergebnissen:

- die Aufgabe der Forderung nach einem eigenen kurdischen Staat
- die Erkenntnis, dass eine politische Ordnung in der Region nur auf Basis der gegebenen multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Vielfalt Sinn machen und sich erhal-



ten kann (als Konsequenz u.a. der von westlichen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg eingeführten Ordnung mit den bekannten Nationalstaaten, die aber durch und durch synthetische Gebilde darstellen und nicht umsonst nur mittels autoritärer bis diktatorischer Regimes und Methoden überleben konnten. Diese Ordnung fing spätestens mit dem Dritten Golfkrieg Anfang der 2000er Jahre an, offensichtlich zusammenzubrechen)

- die Entfernung vom dogmatischen Marxismus-Leninismus
- und nicht zuletzt die vertiefte Einsicht in die Wichtigkeit der Frauenbefreiung in der ganzen Region als eine Basisvoraussetzung für jede positive gesellschaftliche Entwicklung.

Aus all diesen Punkten entstand dann, zusammen mit der Auseinandersetzung mit diversen politischen Theorien aus aller Welt, das, was heute als *demokratischer Konföderalismus* bezeichnet wird. Ein Modell, welches Staat und Gesellschaft *nicht* als eins sieht, sondern den ersteren als Parasiten der letzteren begreift. Und die gesellschaftliche Basisorganisation von unten im Focus hat. Wir können an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, aber

es gibt mittlerweile genügend weiterführende elektronische und Printmedien dazu. Wichtig ist: die Umsetzung dieses Modells ist seit 2012 in Nordsyrien live zu beobachten – in der Nord-syrischen Föderation oder auch Rojava (Westkurdistan). Allerdings ist der erste Name passender, weil sich die Zone dieses Projektes inzwischen auch über die kurdischen Siedlungsgebiete hinaus erstreckt.

Innerhalb der PKK war dieser Bruch mit der bis dahin verfolgten Politik keinesfalls unumstritten, und führte neben heftigen inhaltlichen Auseinandersetzungen in den frühen 2000er Jahren auch zur Abspaltung der „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), die das gesamte neue Parteiparadigma und die daraus resultierende Hinwendung zum verstärkten politischen Kampf als „zu humanistisch“ kritisierten. Die TAK blieb bis auf vereinzelte Aktionen lange Zeit inaktiv und wurde erst in den letzten beiden Jahren zum Begriff, und zwar durch Anschläge, bei denen durch die bewusste Inkaufnahme von Verletzungen und Tötungen auch unbeteiligter Zivilpersonen das Attribut „terroristisch“ am ehesten gerechtfertigt ist. Wir lehnen diese Art von militanten Kampf deutlich ab, dessen un-

gerichtete Art und Weise selbst von der kurdischen Bewegung kritisiert wird. Eine komplette Distanzierung jedoch wird von Seiten der kurdischen Bewegung nicht zu erwarten sein, betrachtet sie die TAK trotz aller Kritik weiter als eine *autonome* Reaktion auf die türkische Kriegsführung, bei der Gleiches mit Gleichem vergolten wird. Wie schon gesagt: Wir als solidarische Menschen lehnen dieses Vorgehen mit vielen Teilen der kurdischen Bewegung ab und finden es aus diversen Gründen falsch. Müssen aber darauf hinweisen, dass eine derartige Aktionsweise auch in vielen anderen Weltregionen zu beobachten ist, in denen eine ultrarepressive Unterdrückung jede Art legaler politischer Organisation und Aktion unmöglich macht. Und darüber hinaus noch ganze Bevölkerungsgruppen mit Krieg überzieht. Von daher: auch wenn wir die TAK ablehnen, kann ihre Existenz niemanden mit historischem Bewusstsein überraschen. Und von diesem Punkt ist ihre Existenz eher als ein Warnsignal zu betrachten: *das* passiert unter anderem dann, wenn Menschen komplett in die Enge getrieben werden.

Stichwort autonom: im Gegensatz zu den vergangenen Jahrzehnten ist es heute in gewisser Weise falsch, überhaupt noch von „der PKK“ zu sprechen. Sicher ist die Partei v.a. militärisch in Nordkurdistan und auch in Südkurdistan aktiv und präsent. Daneben haben sich – im Sinne des von Öcalan formulierten neuen Paradigmas – Schwesterparteien in Westkurdistan (Rojava) und Ostkurdistan (der iranische Teil – Rojhilat) gebildet – die PYD und die PJAK. In der Türkei hatte die neue Politik dann u.a. die Bildung der HDP zur Folge, die es bei den Wahlen 2015 erstmals schaffte, auch relevante Teile der türkischen Gesellschaft zu gewinnen. All diese Parteien – und viele zivilgesellschaftliche Organisationen – sind heute im Kongreß der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) vertreten und verhandeln dort als autonome Organisationen die gemeinsame Politik der Umsetzung des demokratischen



**YOU INVADE MY LAND  
FORBID MY LANGUAGE  
BAN MY COLOURS  
STEAL MY CULTURE  
BOMB MY HOUSE  
BURN MY VILLAGE  
KILL MY CHILDREN AND DENY MY VERY EXISTENCE  
AND THEN YOU CALL ME A TERRORIST FOR FIGHTING BACK?**

Konföderalismus in ihren jeweiligen Regionen. Zusammen bilden sie das, was als kurdische Freiheitsbewegung benannt wird – eine Massenbewegung mit einer millionenfachen Unterstützung, vielen illegalisierten und einigen legalen Parteien, und einem militärischen Arm, dessen Miliz- und Guerillakräfte in allen vier Teilen Kurdistans aktuell zwischen 80.000 – 100.000 bewaffnete Frauen und Männer umfassen dürfte. Sie stellen die erfolgreichste und entschiedenste Kraft gegen die jihadistischen Terrorbanden in der Region dar, von Daesh bis Al Qaida. Und während ihre Vertretung in Nordsyrien aktuell sowohl von den USA als auch Russland militärisch unterstützt wird (keine geringe Leistung in dieser Situation, wie wir finden), wird die *gleiche* Bewegung, mit dem gleichen Konzept und der gleichen Mentalität wie jenseits der Grenze, in der Türkei in einem Kriegszustand, der seit Ende 2015 andauert und bisher zu dutzendweise zerstörten Städten, Hunderten von Toten und Hunderttausenden von Vertriebenen geführt hat, als „terroristisch“ bezeichnet und der dortige Krieg ignoriert – ein Zustand, auf den sich nur antworten lässt:

**Wer von Cizre, Sirnak, Nusaybin ... nicht reden will, soll von Aleppo schweigen!**

Im November 2016 entschied ein belgisches Gericht immerhin erstmals in Europa in einem Verfahren wg. „PKK-Terrorismus“, dass es sich in der Türkei um einen *bewaffneten Konflikt* handle, und darum Anti-Terror-Gesetze nicht greifen würden. Und die Menschenrechtskommission der UNO schaffte es in diesem Frühjahr 2017 immerhin – über ein Jahr nach den Ereignissen – die übelsten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverstöße der Türkei in Nordkurdistan auch als solche zu benennen. Langsam scheint sich zumindest teilweise die Erkenntnis durchzusetzen: Nein, die Türkei hat selbst mit den reduzierten westlichen Vorstellungen von Demokratie *nichts*

zu tun. Und nein, die kurdische Bewegung kann weder als „terroristisch“ bezeichnet werden, *noch* hat sie das Ziel, irgendwelche Teile Land abzuwickeln – weder in der Türkei, noch in Syrien, noch im Iran. Es geht inzwischen um eine radikale und umfassende Demokratisierung all dieser Länder, und es ist vermutlich nicht falsch, zu vermuten, dass genau das der Grund ist, warum große und entscheidende Teile dieser Bewegung nicht nur in der Region, sondern auch im Ausland kriminalisiert und dämonisiert werden. Genau aus diesem Grund sind wir hier auch mit ihr solidarisch. Und finden darüber hinaus ihr Konzept im Kern auch für uns mehr als nachdenkenswert. Denn auch Deutschland hat radikale Veränderungen mehr als nötig. Womit es zum letzten Punkt geht. ■

### 3. „Denk‘ ich an Deutschland in der Nacht ...“

Wir können es jetzt zum Ende etwas kürzer machen, weil die Nachrichten seit Wochen sowieso voll sind mit Meldungen über die Aktivitäten des türkischen MIT, oder auch der faktischen AKP-im-Ausland namens UETD und der islamistischen Fraktion DITIB. Ein Punkt aber muss unterstrichen werden: der türkisch-kurdische Konflikt wurde keinesfalls ins „unschuldige“ Deutschland exportiert, sondern Deutschland hat ihn seit über hundert Jahren faktisch importiert, und zwar als *Kriegspartei*. Denken Sie daran, wenn das nächste Mal wieder irgendein deutscher Politikasper diesbezüglich herumjammert.

Deutschland – in Form des Kaiserreiches – hatte bereits im Ersten Weltkrieg derart freundschaftliche Bande zum Osmanischen Reich, dass der Genozid 1915 nicht nur freundlich-wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde, sondern auch – u.a. in Form militärischer Beratung – *faktisch unterstützt* wurde. Die sog. Armenien-Resolution des Bundestages ging auf diese Unterstützung zwar wohlweislich nur in der knappsten möglichen Art und Weise ein, aber historisch ist die Geschichte eindeutig.



Die damals geknüpften Bande erlebten dann einen weiteren Höhepunkt während des Nationalsozialismus, als die Türkei einen der wenigen verbliebenen Handelspartner Nazideutschlands darstellte, und von ihrer vorgeblichen „Neutralität“ erst abwich, als der Kriegsausgang klar zu erkennen war. Ideologisch waren der deutsche Faschismus und der Kemalismus auf vielen Ebenen durchaus so kompatibel, dass das Verhältnis ein freundliches war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es dann die BRD, welche diese „Beziehung“ weiterpflegte – einmal wurde die ganze Geschichte durch die Gründung der NATO nochmals auf eine andere Ebene gebracht, zum anderen aber vermischten sich deutsche, türkische und kurdische Geschichte endgültig und nicht mehr trennbar durch die millionenfache Zuwanderung türkischer MigrantInnen ab den 1960er Jahren („Gastarbeiter“), unter denen eben – von der deutschen Gesellschaft aus Unkenntnis gar nicht registriert – auch viele kurdischstämmige Menschen waren. Spätestens mit dem Militärputsch in der Türkei 1980 dann wandelte sich das offizielle Verhältnis seitens der deutschen Politik einmal mehr zur offenen *Mittäterschaft*. Dieser Putsch markierte nicht nur die Zerschlagung der bis dahin starken türkischen Linken (unter deutscher Billigung), sondern er war faktisch auch der Auftakt für den türkisch-kurdischen Krieg, auch wenn dieser „offiziell“ erst 1984 begann. Aber schon 1980 waren die kurdischen Gebiete sowie die dort tätigen politischen Organisationen inkl. der damals noch kleinen PKK ein bevorzugtes Ziel der Unterdrückung durch das Militärregime. Mit der Eskalation des Konfliktes zum offenen Krieg Mitte der 1980er Jahre eskalierte auch die deutsche Unterstützung für die türkischen Regimes – von polizeilicher Repression gegen kurdische AktivistInnen über geheimdienstliche Zusammenarbeit bis hin zu massiven Waffenlieferungen v.a. zu Beginn der

90er Jahre gipfelte das schließlich im PKK-Verbot 1993 in Deutschland. Mit diesem Verbot sowie nicht nur dem Schweigen zur, sondern auch der aktiven Unterstützung der terroristischen türkischen Kriegsführung stellte sich der deutsche Staat dann einmal mehr auf die falsche Seite der Geschichte.

Und es ist im übrigen keinesfalls nur Nordkurdistan von einer im Kern feindlichen und ignoranten deutschen Politik betroffen gewesen. Auch der Massenmord durch Giftgas 1988 in der Stadt Halabja, in Südkurdistan (Irak), bei dem die Mordkommandos der Saddam-Diktatur innerhalb kürzester Zeit etwa 5000 Menschen umbrachten, geschah durch mit deutscher Hilfe entwickelte Nervengase (was nicht ohne Wissen der damaligen deutschen Regierung unter Kohl möglich war). Die sehr alte „Demokratische Partei Kurdistan - Iran“ (PDK-I), tätig in Ostkurdistan (und mit der PKK nicht verbunden) schließlich lernte 1992 die spezifische deutsche Haltung gegenüber Kurdistan kennen, als ihre gesamte Führungsspitze durch ein Killerkommando des iranischen Geheimdienstes im griechischen Restaurant Mykonos in Berlin ermordet wurde. Der mehrjährige Prozeß hinterher brachte einen der größten Skandale in der BRD der 90er Jahre ans Licht, einschließlich ungehinderter iranischer Geheimdienstaktivität gegen Oppositionelle in der BRD sowie der eindeutigen Präferenz ökonomisch guter Beziehungen zum iranischen Regime. Es wurde von Seiten der Bundesregierung versucht, den ganzen Prozeß aktiv zu behindern und zum Platzen zu bringen. Ein fast vergessenes, nichtsdestotrotz ungemein aufschlussreiches Kapitel des deutsch-kurdischen Verhältnisses.

Und wenn aktuell jetzt auch die Symbole der hierzulande nicht verbotenen Organisationen der kurdischen Bewegung in Nordsyrien wie der PYD, der YPG und der YPJ unter das PKK-Verbot gerechnet werden, aber gleichzeitig die „Grauen Wölfe“, UETD, DITIB und Co.

weiter legal daran arbeiten können, nicht nur die großen Parteien, sondern auch andere Institutionen in Deutschland zu infiltrieren, und gleichzeitig der MIT vermeintliche „Gülenisten“ bespitzelt und dazu Killerkommandos gegen kurdische politische Aktivisten hierzulande losschickt – dann sollte es überdeutlich sein, dass hier nichts mehr „importiert“ wird, sondern sich das Kriegsgebiet schlicht ausgeweitet hat – und zwar unter voller Verantwortung aller deutschen Regierungen seit 1980!

Und bei diesen Zuständen bleibt nur noch zu sagen:

**Weg mit dem PKK-Verbot!**

**Schluss mit jeder geheimdienstlich-militärischen Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime!**

**Verbot aller faschistischen und islamistischen türkischen Organisationen in der BRD!**

**Einstellung aller Waffenlieferungen!**

**Wirtschaftssanktionen und Tourismusboykott gegen die Türkei!**

**Anerkennung der kurdischen Bewegung als legitime Befreiungsbewegung!**

Einige Aktive aus dem *Kurdistan-Solidaritätskomitee* Bremen, im März 2017

---

#### Anmerkungen:

- 1 zitiert nach: die tageszeitung, 24.04.1999
- 2 zitiert nach: die tageszeitung, 04.03.1991
- 3 zitiert nach: Le Monde diplomatique, 10.07.1998
- 4 <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/36083-afghanisches-opium-wird-in-turkischen/>

Ich mache

**keinen Urlaub mehr  
in dieser Türkei!**

